

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag/Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Finanzen: «Haben wir die Entwicklungen noch im Griff?»

Kritische Anmerkungen zum Landesvoranschlag 1983 im Rahmen der Budgetdebatte im öffentlichen Landtag / von Peter Hemmerle

Im Rahmen der Budgetdebatte gab der stellvertretende Vaduzer Landtagsabgeordnete Dr. Peter Hemmerle (FBP) folgende, grundsätzliche Erklärung zur Entwicklung unserer Landesfinanzen ab:

Mit zunehmendem wirtschaftlichem Entwicklungsstand verändern sich erfahrungsgemäss die Vorstellungen der Bürger und Politiker in bezug auf jene Aufgaben, welche durch den Staat zu erledigen sein sollen. Es wachsen die Bedürfnisse nach besserer Ausbildung, besserer Sicherung der Gesundheit, besserer Vorsorge für das Alter und die Wechselfälle des Lebens. Der Staat verdrängt teilweise die private Wirtschaftstätigkeit, übernimmt aber auch vormalig vom Familienverband ausgeübte Funktionen.

Wachsende Anspruchsmentalität

Mit wachsendem Wohlstand entwickelt der Bürger schön langsam eine Anspruchsmentalität gegenüber den staatlichen «Geschenken», die ihm anscheinend kostenlos zugute kommen. Und der Politiker, welcher vielleicht mehr den nächsten Wahltermin als die längerfristige Entwicklung der öffentlichen Haushalte vor Augen hat, sieht sich nur zu gerne in der Rolle desjenigen, der die Geschenke verteilt.

Eigendynamik der Verwaltung

Die öffentliche Verwaltung dehnt sich in der Folge aus und gewinnt schliesslich eine gewisse Eigendynamik. Aus Gründen schlechter Organisation und psychologischer Barrieren werden nicht alle Rationalisierungsmöglichkeiten ausgenutzt, wobei diese im Dienstleistungsbetrieb sowieso schon relativ gering sind. Der staat-

liche Apparat kostet mehr und mehr, und es lässt sich anhand der steigenden Staatsausgaben nicht ablesen, ob nun auch mehr und Besseres geleistet wird oder die ganze Bürokratie nur teurer geworden ist.

Sind wir nur noch Getriebene?

Die alljährliche Vorlage des Budgets für das kommende und des Finanzplans für weitere Jahre liefert Anlass, sich Rechenschaft abzulegen über die Entwicklungen, die uns vorwärtsdrängen und sich zu überlegen, ob wir schon auf einem Weg sind, auf dem wir nur noch Getriebene sind, auf dem es kein Zurück mehr gibt und keine Möglichkeit, wenigstens im grossen und ganzen noch die Richtung, in die man geht, selbst zu bestimmen.

Ausgaben wachsen schneller

Wir sind in Liechtenstein wie auch in andern Staaten in der Situation, dass die Staatsausgaben schneller wachsen als die Einnahmen. Von 1950 bis 1960 haben die Einnahmen der laufenden Rechnung noch eine Zunahme um 196 Prozent, die Ausgaben eine solche um 129 Prozent aufgewiesen. Von 1960 bis 1970 aber sind die Einnahmen um 376 Prozent angewachsen, die Ausgaben jedoch um 408 Prozent. Und von 1970 bis 1980 hat die Einnahmensteigerung 169 Prozent betragen, die Ausgabensteigerung dagegen 181 Prozent. Für die Jahre von 1980 bis 1987 – so weit reicht die Finanzplanung – ist ein Einnahmenwachstum von 30 Prozent und eine Erhöhung der Ausgaben der laufenden Rechnung um 57 Prozent vorgesehen.

Auf dem Weg in einen Finanznotstand

Haben wir die Entwicklung noch im Griff oder laufen wir mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung auch in die Situation des Finanznotstands der öffentlichen Haushalte wie schon andere Staaten? Der Anteil der gebundenen Ausgaben nimmt zu. Frei verfügen kann der Politiker im wesentlichen noch über die Mittel, welche für Investitionen eingesetzt werden. Die Investitionsquote (Anteil der Ausgaben der Investitionsrechnung an den Gesamtausgaben) soll von 43,6 Prozent 1970 auf 19,7 Prozent 1987 zurückgehen. Man kann nun zugute halten, dass seit 1976 schliesslich der Investitionsfonds geöffnet werde und sein Vermögensstand inzwischen das Doppelte der gesamten Investitionsausgaben des Jahres 1982 ausmacht. Diese Reserve gibt sicherlich einen gewissen Rückhalt, die aufgezeigten Tendenzen bleiben dennoch bestehen.

Steigende Zahlungsverpflichtungen

An dieser Stelle wäre im weiteren die Entwicklung der laufenden Beiträge zu erwähnen, welche sich insbesondere aus eingegangenen Zahlungsverpflichtungen, Subventionen sowie Kosten- und Defizitanteilen zusammensetzen. Sosehr es nützlich ist, dass ein sehr kleiner Staat auf diesem Wege gewisse Leistungen, die zu erbringen er selber eben zu klein ist, anderen überträgt unter Abgeltung der entstehenden Kosten, so wenig dürfen die auch hier aufscheinenden Grenzen überschritten werden.

In Zahlen ausgedrückt: Der Anteil der laufenden Beiträge in der laufenden Rechnung hat im Jahr 1970 26,6 Prozent

betragen; die Finanzplanung für das Jahr 1987 weist diese Quote mit 35,1 Prozent aus. Also eine Zunahme von fast 10 Prozent.

Tätigwerden heisst noch nicht Probleme lösen

Wir sind uns darüber im klaren, dass nicht alle volkswirtschaftlichen Grössen ansteigen können, die Staatsausgaben aber konstant bleiben sollen. Die alte Ansicht, das kleinste Budget sei das beste Budget, ist heute sicher nicht mehr richtig. Es sei aber doch darauf hingewiesen, dass in der Marktwirtschaft grundsätzlich das Subsidiaritätsprinzip gelten soll, nachdem dem Staat in erster Linie die ordnungspolitische Aufgabe der Schaffung einer Rahmenordnung zukommt, auf die sich die Privatwirtschaft mittel- und längerfristig verlassen kann und die ihr den notwendigen Freiraum gibt, welcher die erste Voraussetzung für die Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit darstellt, und auf die sich letztlich unser Wohlstand abstützt. Bei aller Vielschichtigkeit der heutzutage anstehenden Probleme bedeutet das Tätigwerden des Staates nicht schon an und für sich eine Garantie für die Lösung dieser Probleme. Sind wir noch die treibende Kraft, oder werden wir getrieben, von heutigen und früheren Entscheidungen, die sich jetzt im Voranschlag niederschlagen?

Fortschrittliche Bürgerpartei

Nominationsversammlungen in Schellenberg und Triesen

Mit Versammlungen der FBP in Schellenberg (dieses Samstag) und in Triesen (am Montag) sind die Nominations in allen Ortsgruppen der Fortschrittlichen Bürgerpartei abgeschlossen. Die beiden Ortsgruppenleitungen bitten um möglichst zahlreichen Aufmarsch der Parteifreunde.

FBP Schellenberg

Samstag, 18. Dezember, 20.15 Uhr, im Gasthaus «Krone», Schellenberg. Nomination des Vorstehers und der Gemeinderatskandidaten sowie Wahl des FBP-Vorstandes.

FBP Triesen

Montag, 20. Dezember, 20 Uhr, Hotel «Meierhof», Triesen (Saal). Nominations sowie Rückblick auf die Amtsperiode 1979-1983.

VOLKSBLATT-Kommentar:

Kurzarbeit

Die Presta in Eschen muss ab 1. Januar für rund 100 Mitarbeiter Kurzarbeit anordnen. Vorderhand für drei Monate. Diese Ankündigung kommt nicht unerwartet. Doch sieht zu befürchten, dass die Presta leider nur der erste, kaum aber der einzige Betrieb im Lande sein wird, der auf diese Art versucht, über die Runden zu kommen. Kurzarbeit ist kein Drama und sicherlich immer noch besser als gar keine Beschäftigung. Sie belastet auch die Arbeitslosenversicherung (ALV) weniger. Denn im Falle von Kurzarbeit zahlt der Betrieb für die arbeitslosen Tage 20 Prozent des Lohnes weiter. Für den Rest kommt die ALV auf: mit Leistungen, die zwischen 60 und mehr als 80 Prozent des verbleibenden Lohnausfalles im Rahmen der versicherbaren Lohn-Höchstgrenze liegen. Wie gesagt: Kurzarbeit ist noch kein Drama. Aber sie zeigt uns endgültig, wie es wirklich um einen grossen Teil unserer Exportindustrie steht.

W. B. WOHLWEND



VOLKSBLATT-Kinderweihnacht

Willkommen am Sonntag um 14.30 Uhr im Vaduzer Saal

Wir laden alle Kinder und ihre Begleitungen noch einmal herzlich zur diesjährigen, zehnten VOLKSBLATT-Kinderweihnachtsfeier ein, die am Sonntag nachmittag (19. Dezember) um 14.30 Uhr im Vaduzer Saal beginnt.

Kein Grund zur Besorgnis

Keine Schadstoffe in Turnhallen oder Klassenräumen

Während in der Bundesrepublik Deutschland und auch im benachbarten Vorarlberg bis vor kurzem zahlreiche Turnhallen geschlossen werden mussten, weil im Belag eine zu hohe Asbestkonzentration festgestellt worden war, besteht diesbezüglich an den liechtensteinischen Schulen kein Grund zur Besorgnis. Regierungsrat Anton Gerner, der schon in der Landtagssitzung vom 17. November eine kurze Stellungnahme zur Kleinen Anfrage des FBP-Fraktionensprechers Josef Biedermann abgab, präziserte nun seine Beantwortung in der Sitzung vom vergangenen Mittwoch nach verschiedenen weiteren Abklärungen wie folgt:

Die vom Landesbauamt getätigten Abklärungen bei den Architekturbüros über die in den letzten dreissig Jahren ausgeführten Schulhausneubauten haben ergeben, dass bekannte asbesthaltige Materialien an keinem Schulhausneubau zur Verwendung kamen. Für die nach unseren und ausländischen Erfahrungen in Frage kommenden Materialien wie Akustikputz und Durisolplatten haben wir von den Herstellerfirmen Erklärungen über die Materialzusammensetzung derselben angefordert und die Garantie erhalten, dass dieselben absolut asbestfrei sind. Wieweit die Verwendung von Eternit-Dach und Wandplatten umweltgefährdend ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Eternitprodukte enthalten Asbest, der nach unserer Ansicht aber nur bei der Verarbeitung (Staub beim Fräsen und Bohren) gesundheitsschädliche Folgen haben kann. Eternitdächer bestehen bei der Oberschule Vaduz, teilweise beim Schulzentrum Mühleholz und bei der Schule Triesen.

Sollten genauere Untersuchungen notwendig sein, ist der Beizug eines Spezialisten erforderlich, der diese ausführen kann.

Für mehr Steuergerechtigkeit und Förderung der Familien

FBP-Postulat fordert u. a. Anpassung der steuerlichen Progressionsskala für das laufende Jahr und höhere Haushaltsabzüge

In der Landtagssitzung vom vergangenen Mittwoch wurde aus den Reihen der FBP-Fraktion ein Postulat eingereicht, das mehrere Massnahmen zur Erreichung einer besseren Steuergerechtigkeit, eine Entlastung der Familien und erhöhte Abzugsmöglichkeiten für die Krankheits-

und Zahnarztkosten fordert (siehe VOLKSBLATT vom 16. Dezember). Wir veröffentlichen nachstehend noch einmal die fünf Punkte des Postulates mit den von den Postulanten formulierten Begründungen:

Die Begründung der einzelnen Punkte



Sportler des Jahres 1982

Ursula Konzett und Roman Hermann

Ursula Konzett und Roman Hermann. So heissen Liechtensteins Sportler des Jahres 1982. Das 17köpfige Wahlgremium fällt diesen Entscheid am Donnerstagabend im Hotel Linde in Schaan. Während Ursula keine Ge-

genkandidatin hatte, setzte sich Radprofi Roman Hermann nur ganz knapp gegen den Karateka Ceno Marxer durch. Mannschaft des Jahres wurde keine gewählt. Mehr im Sportteil.

des Postulates wird mit der Feststellung eingeleitet, dass es dem Grundsatz der Steuergerechtigkeit entspricht, dass die Steuervorschriften von Zeit zu Zeit geprüft und wenn nötig den veränderten Verhältnissen angepasst werden. Zieht man die steuerlichen Abzüge in Betracht, so kann man feststellen, dass sie der Sache, für die sie in Anspruch genommen werden, nicht mehr gerecht werden oder dass Abzugspositionen fehlen, die ins Steuergesetz aufgenommen werden müssten. Die Gründe, die nach einer Korrektur rufen, sind mannigfaltig. Sie lassen sich teils auf die eingetretene Teuerung, teils auf neu geschaffene Beitragsleistungen zurückführen.

● Die steuerliche Progressionsskala soll an die Gesamtteuerung von 12,9 Prozent angepasst werden, und zwar mit Rückwirkung auf Ende 1982.

Im Jahre 1981 betrug die Teuerungsanpassung 5,5 Prozent und im Jahre 1982 6,6 Prozent. Danach ergibt sich von 1981 bis 1982 eine Gesamtteuerung von 12,1 Prozent. Die steuerliche Progressionsskala ist jedoch an diese Gesamtteuerung nicht angepasst worden. Die sogenannte kalte Progression wurde letztmals für das Steuerjahr 1980 berücksichtigt.

● Der Abzug für die pauschalen Gewinnungskosten für unselbständigen Erwerb soll von 1000 auf 1500 Franken erhöht werden.

Der derzeit geltende Pauschalabzug beträgt 1000 Franken. Er ist seit 1970 unverändert geblieben. In Anbetracht der eingetretenen Teuerung ist eine Erhöhung auf 1500 Franken sachlich gerechtfertigt.

● Die Haushaltsabzüge sollen erhöht und neu geregelt werden.

Dabei sollen die Abzugsmöglichkeiten

(Fortsetzung auf Seite 2)